

# Antrag L03.001.1: Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03

Antragsteller\*in:

KV Erlangen-Höchstadt, KV Herford, LV Hessen, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

## **Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung!**

### **Nein zu Russlands Krieg - für den sofortigen Truppenrückzug**

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und brandgefährlich. Der Krieg muss beendet werden. Die russischen Truppen müssen unverzüglich abziehen. Es gibt keine Alternative zum Frieden.

Unsere Solidarität gilt der Bevölkerung in der Ukraine, den Millionen von Menschen, deren Leben zerstört wird: Den Verletzten, den Angehörigen, die Tote zu beklagen haben, den Traumatisierten, den Geflüchteten. Unsere Solidarität gilt den Ukrainer\*innen, die sich gegen den russischen Angriff verteidigen und auch den Russ\*innen, die sich trotz großer Repressionen, Verhaftungen und Gewalt in Russland gegen diesen Krieg ihrer Regierung stellen.

In diesem Krieg geht es der Putin-Administration um eine brutale Durchsetzung von Macht und geopolitischen Interessen. Putin hat diese imperialistischen und chauvinistischen Bestrebungen ausführlich in Wort und Schrift begründet.

Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg Russlands *gegen* die Ukraine, er ist auch ein Krieg *um* die Ukraine, nämlich ein Machtkampf zwischen der NATO (der EU und USA) auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Dieser Krieg verdeutlicht, dass die innerimperialistischen Widersprüche wachsen und der Kampf um Einflussphären schon heute militärisch geführt und sich zukünftig weiter verschärfen wird.

### **Nein zu Waffenlieferungen**

Die Ausweitung des Krieges in weitere Regionen, die Einbeziehung der NATO und damit die Gefahr einer nuklearen Eskalation sind nicht auszuschließen. Russland hat Atomwaffen. Griffe die NATO ein, würde ein Krieg mit Atomwaffen drohen, der eine existentielle Bedrohung für die Menschheit und die Umwelt bedeuten würde. Es gibt keine militärische Lösung des Konfliktes. Deeskalation ist das Gebot der Stunde; dieser Krieg muss umgehend beendet werden.

DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab. Insbesondere die Lieferung von schweren Waffen sind ein Beitrag zur Eskalation des Krieges. Sie verlängern den Krieg, während eine politische Lösung in weite Ferne rückt. Die Ukraine ist in den vergangenen Jahren von den USA und anderen westlichen Staaten stark aufgerüstet worden und wird es weiterhin. Von Ende Januar bis Anfang Mai hat die Ukraine fast 30 Mrd. Euro an Waffenlieferungen und finanziellen Leistungen von den USA, Kanada, Großbritannien, Polen und Deutschland erhalten, allein die USA haben weitere 20 Mrd. Dollar Militärhilfe angekündigt. Einerseits wird gesagt, man sei nicht Kriegspartei, andererseits liefert man Waffen – das passt nicht zusammen.

### **Kein Wirtschaftskrieg**

Sanktionen werden damit begründet, dass sie die russische Regierung zwingen würden, den Krieg zu beenden. Bisher ist das nicht absehbar.

Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt nicht dazu,

dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet wird.

Zudem ist zu befürchten, dass der begonnene Wirtschaftskrieg lang und weitreichend sein wird. Der Krieg und die Sanktionen treiben gleichzeitig Preise für Nahrungsmittel in die Höhe. Hungersnöte in armen Regionen der Erde drohen.

All das ist Teil der Eskalationslogik. Wir sehen die Folgen dieses massiven Machtkampfes, der auf dem Rücken der arbeitenden Menschen und Armen weltweit auch auf einer wirtschaftlichen Ebene geführt wird. Jeden Tag, den der Krieg länger andauert, wird die Ukraine mehr in Trümmer gelegt, Menschen mehr traumatisiert und Gesellschaften zerstört, Lebensperspektiven vernichtet. Oberste Maxime muss sein, den Krieg zu beenden. Das kann nur mit politischen Mitteln gehen.

### **Keine Doppelstandards**

Die russische Regierung unter Putin trägt die Verantwortung für den Angriffskrieg. Wir können allerdings nicht ausblenden, dass dem ein Konflikt zwischen der NATO und Russland vorausging, für den auch die NATO-Staaten eine Mitverantwortung haben, zum Beispiel weil sie die NATO-Osterweiterung und das EU-Assoziierungsabkommen vorangetrieben haben. So wurde über 30 Jahre lang versäumt, eine stabile europäische Friedensordnung zu organisieren.

Der völkerrechtswidrige Krieg Putins macht die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht vergessen und vergeben. Die NATO ist und bleibt ein Bündnis zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen der westlichen Staaten. Auch hier darf es keine Doppelstandards geben.

Außerdem sind Katar und die Emirate am Krieg im Jemen beteiligt, der in der deutschen Öffentlichkeit faktisch nicht vorkommt und eine der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit ist. Diese Doppelmoral der herrschenden Politiker\*innen weisen wir zurück. Für uns gilt absolute Klarheit gegen Krieg und gegen Menschenrechtsverletzungen – egal von wem.

### **Eine globale Hochrüstungsspirale ist der falsche Weg – auch in Deutschland**

In den letzten 15 Jahren hat nicht nur die russische Regierung ihre Waffensysteme modernisiert, Kampfdrohnen entwickelt und die Rüstungsexporte gesteigert. Die NATO hat eine „schnelle Eingreiftruppe“ aufgebaut, ihre Truppenstationierung an der Ostflanke sowie ihre Marinepräsenz verstärkt, ein Raketenabwehrsystem in Rumänien und Polen installiert und hält regelmäßig Manöver an Russlands Westgrenze ab.

Krieg als Mittel der Politik ist auch in Deutschland normal geworden und soll jetzt sogar im Grundgesetz abgesichert werden. Mit der Einrichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ über 100 Mrd. Euro, der Ankündigung der Umsetzung des 2%-Ziels der NATO (d.h. 2% des BIP in Rüstung) sowie der Beschaffung von Kampfdrohnen und atomwaffenfähigen F-35-Kampffjets setzt die Ampel-Koalition lang gehegte Pläne zur Stärkung der militärischen Rolle Deutschlands um. Dabei geht es ihr nicht um das berechnete Sicherheitsbedürfnis der Menschen, die durch diesen Krieg verunsichert sind, oder um Verteidigung. Es geht darum, Deutschland nicht nur als Wirtschaftsmacht, sondern auch als Militärmacht für die härter werdenden Kämpfe um Einflussphären zu rüsten. Dieser Kurs wird seit den 90er Jahren forciert, seit 2014 orientierte die Große Koalition auf Auslandseinsätze und „Landes- und Bündnisverteidigung.“ Bereits von 2014-2021 wuchs der Militärhaushalt um 50%. SPD, Grüne und FDP nutzten nun – gemeinsam mit CDU – den Krieg Russlands gegen die Ukraine aus, um die Bevölkerung auf die Militarisierung der Außenpolitik einzuschwören. Das Geld wird an anderer Stelle fehlen und es scheint wie Hohn angesichts kaputtgesparter Schulen und Krankenhäuser, überlasteter Pfleger\*innen oder armer Rentner\*innen, wenn plötzlich die Milliarden für Rüstung lockergemacht werden. Bezahlen müssen diese Aufrüstungswelle die Lohnabhängigen und Armen, indem sie mehr schufteten und erwirtschafteten und gleichzeitig den Gürtel enger schnallen sollen.

## **Es geht nicht um Demokratie vs. Autokratie**

Die Erklärung der Bundesregierung legt nahe, es handele sich bei der geplanten Aufrüstung um eine Reaktion auf Russlands Krieg, um die Verteidigung der Demokratie gegen die Autokratie.

Die Aufrüstung des Westens dient nicht der Verteidigung der Demokratie, denn Militarismus geht auch immer einher mit einem Abbau der Demokratie, mit einer gesellschaftlichen Verrohung, mit einem Rückschritt in den Geschlechterrollen, mit Einschränkungen von politischen und gewerkschaftlichen Rechten und mit der Eröffnung von rigider Sparpolitik.

Weder die deutsche noch irgendeine andere Außenpolitik ist im Kapitalismus auf sogenannte „Werte“ ausgelegt, sondern sie orientiert sich an knallharten politischen und ökonomischen Interessen, die zur Not mit militärischer Stärke abgesichert werden.

Der Kampf für Frieden und der Kampf für Demokratie gehören zusammen.

Aber Demokratie und Gerechtigkeit lassen sich nicht dadurch erzielen, dass Staaten andere Staaten „im Namen der Demokratie“ bombardieren und sanktionieren.

## **Geopolitischer Ausblick und globale Machtverhältnisse**

Nach dem Ende des Kalten Krieges geht es heute um eine Neuaufteilung der Welt zwischen den Großmächten, um Einflusszonen und mögliche neue Machtallianzen. Dazu wird nicht immer zum Mittel des Krieges gegriffen. Dort, wo es möglich ist, wird bevorzugt, Kapitalinteressen mit wirtschaftlichen Mitteln, Verträgen und auch auf diplomatischem Wege durchzusetzen. Gelingt dies nicht, werden diese Interessen auch robust abgesichert. Das konnte man bei bisherigen Kriegen wie in Jugoslawien, Tschetschenien, Afghanistan, Irak, Georgien, Libyen, Syrien u.v.m. sehen. Alle waren Kriege, in denen es direkt oder indirekt um geopolitische und um ökonomische Interessen ging.

Sowohl die Massivität, mit der Russland aktuell den Krieg führt als auch die Heftigkeit der Reaktion seitens der USA, EU und der NATO sind Ausdruck davon, dass derzeit weltweite geopolitische Machtverschiebungen vorstattengehen, die über den Ukraine-Krieg hinausreichen. Dabei besteht das Hauptkonfliktpotenzial um Einflussphären und die entscheidenden Märkte der Zukunft zwischen den zwei ökonomisch größten Weltmächten: Der aktuellen Nummer Eins USA und der ökonomisch immer weiter aufstrebenden Weltmacht China. Um diese Märkte und Ressourcen werden diese beiden Mächte, aber auch alle anderen Großmächte – darunter die drittstärkste Wirtschaftsmacht EU – konkurrieren. Dabei werden im jeweiligen eigenen Interesse mögliche neue Allianzen geschmiedet und robuste Machtkämpfe ausgetragen werden.

All diese Vorgänge sollten uns ein Warnsignal sein: In den kommenden Jahren steigt die Gefahr von heißen Kriegen und vielen Stellvertreterkriegen bei der Neuaufteilung der Welt unter den Großmächten.

## **Die Rolle der EU**

Krieg und Militarismus befeuern Nationalismus und Rassismus überall. Wir setzen dagegen auf internationale Solidarität.

Deutschland als ökonomisch stärkste Macht in der EU ist bestrebt, mit der Atommacht Frankreich zusammen auch die EU zu einer schlagkräftigen Militärunion auszubauen. Schritte und Maßnahmen auf diesem Weg wurden bereits eingeleitet. Bereits 2016 wurde in der EU-Globalstrategie festgehalten, dass die EU in der Lage sein muss, wichtige Handelsrouten und Seewege im eigenen Interesse zu sichern – zur Not auch militärisch. Nach der Ankündigung, dass Großbritannien aus der EU austritt, wurden unter der Abkürzung PESCO die ständige, strukturierte militärische Zusammenarbeit der EU aktiviert und verschiedene Instrumente zur Förderung militärischer Zusammenarbeit und gemeinsamer schlagkräftiger Waffentechnologie in der EU eingerichtet. Der im März

2022 beschlossene „strategische Kompass“ bettet diese Zielsetzung, die bereits geschaffenen Instrumente und weiterhin noch „benötigte“ militärische Kapazitäten in eine Gesamtstrategie ein, um die EU zu rüsten für eine Zeit der großen Rivalität unter den Weltmächten und der Neuaufteilung der Welt.

### **Aktiv werden gegen den Krieg!**

Wir rufen auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen und eine Protestbewegung gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine, gegen die Eskalation durch die NATO und gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung aufzubauen. Wir unterstützen den „Appell: Nein zum Krieg!“ und Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen Krieg und das 100 Mrd. Euro Rüstungspaket der Ampelkoalition.

Unsere Aufgabe als Linke in Deutschland ist es, den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, die nicht den Frieden sichert, sondern die Kriegsgefahr erhöht, ins Zentrum zu stellen.

Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen. Wir fordern von der Bundesregierung, auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und diplomatische Lösungen voranzutreiben, die den Krieg in der Ukraine stoppen und den russischen Truppenabzug zum Ziel haben.

Wir fordern schon seit Jahren eine humane Migrationspolitik statt der tödlichen Abschottung an den EU-Außengrenzen. Während die USA und alle EU-Staaten sich erfreulicherweise bereit erklärt haben, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und ihnen relativ unbürokratisch zu helfen, wird weiterhin gegen Geflüchtete aus anderen Kriegsgebieten der Welt, wie aus Syrien und Afghanistan, mit harten Bandagen gekämpft, um sie aus der EU rauszuhalten. Wir stehen für eine humane Migrationspolitik für alle Menschen in Not. Für Deserteur\*innen fordern wir das Asylrecht.

Wir fordern, keine weiteren Schritte der Eskalation zu unterstützen: Keine Osterweiterung der NATO, keine Verlegung von weiteren Bundeswehrtruppen an die russische Westgrenze.

DIE LINKE muss ihre friedenspolitischen Positionen stark machen, sie muss eine klare Stimme sein, die den Wahnsinn der Aufrüstung auf Kosten der lohnabhängigen Menschen und Armen infrage stellt. Sie muss sich stark machen für Deeskalation und Diplomatie statt Krieg, an jeder Stelle.

Die Grenzen verlaufen für uns nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

### **Begründung**

Dies ist ein Ersetzungsantrag zum Leitantrag 03: Keine Aufrüstung, kein Krieg.  
Begründung erfolgt mündlich.

### **weitere Antragsteller\*innen**

KV Marburg Biedenkopf, KV Frankfurt/Main, Christine Buchholz, Özlem Demirel, Ralf Krämer (SL), Willi van Ooyen, Nina Eumann (NRW), Kathrin Flach-Gomez (Bayern), Jan Schalauske (Hessen), Ahmed Abed (Berlin-Neukölln), Edith Bartelmus-Scholich (AKL), Cornelia Barth (Bremen), Nils Böhlke (BAG B&G), Barbara Borchardt (BAG B&G), Deniz Celik (Hamburg), Jochen Dürr (BAG B&G), Andrea Derbitz (BAG Lisa), Kea Detmers (Düsseldorf), Maya Eckes (Neukölln), Ulrike Eifler (BAG B&G), Lukas Eitel (Erlangen/Erlangen Höchstadt), Gabriele Engelhardt (Chemnitz), Florian Fandrich (Sachsen-Anhalt), Jens Feldmann (Münster), Thies Gleiss (Köln), Mechthild Greim (Nürnberg), Stefanie Haenisch (LAG Fip Hessen), Heike Häring (Ansbach), Felix Heym (Nürnberg), Heinz Hillebrand (Landkreis Dahme-Spreewald), Inge Höger (Herford), Martina van Holst (Frankfurt/Main), Ingrid Jost (BAG Lisa), Aynur

Karlikli (Stuttgart), Rita Kavali (SDS), Dennis Klora (BL), Ferat Kocak (Berlin Neukölln), Rhonda Koch (BL), Johannes König (München), Lydia Krüger (Berlin Tempelhof-Schöneberg), Frank Laubenburg (Bundessprecher DIE LINKE.queer), Ruben Lehnert (Berlin-Neukölln), Andrea Liebermann (Bayreuth), René Liebermann (Bayreuth), Franziska Liebig (Darmstadt), Claus Ludwig, Köln (AKL), Luisa Mayer (Linksjugend.solid), Alexandra Mehdi (BAG Lisa), Marion Morassi (Rheinland-Pfalz), Sarah Nagel (Berlin-Neukölln), Nam Duy Nguyen (SDS), Rosemarie Nünning (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Regina Preysing (Nordhessen), Artur Pech (Landkreis Oder-Spree), Maximilian Peters (Marburg), Sebastian Rave (Bremen), Lucy Redler (AKL), Bengt Rüstemeier (Linksjugend.solid), Adrian Scheffels (Solingen), Heide Scheuch-Paschkewitz (Nordhessen), Evelyn Schötz (Nürnberger Land), Linda Schmeißer (SDS), Titus Schüller (Mittelfranken), Nathalie Steinert (SDS), Uwe Tippelt (Brandenburg/Oder-Spree), Hartmut Thuleweit (Nordhessen), Cornelius Voigt (Schwabach-Roth), Hanna Wanke (Mittelfranken), Roland Wiegel (Siegen), Ulrich Wilken (Hessen), Andrei Yagoubov, München), Wolfgang Zimmermann (Düsseldorf)

## Antrag L03.00 1.2: Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03

### Antragsteller\*in:

BAG Frieden und internationale Politik, Thomas Kachel (BAG Frieden und internationale Politik), Isabelle Casel (KV Rhein-Berg, BAG Frieden und internationale Politik), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

### **Die Waffen nieder! Den Krieg beenden statt immer mehr Waffen liefern**

*„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg. Bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“ (Erich Maria Remarque)*

DIE LINKE verurteilt den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russland in die Ukraine. Dieser Einmarsch schafft unzähliges Leid und ist, wie jeder Angriffskrieg, durch nichts zu rechtfertigen. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Die Menschenrechtsverletzungen in diesem Krieg müssen von einer unabhängigen Untersuchungskommission unter Leitung der UN untersucht und geahndet werden. Der Ukraine ihre eigenständige Staatlichkeit abzusprechen, ist eine weitere grundlegende Verletzung des Völkerrechts. Es gilt alles zu tun, damit dieser Krieg so schnell wie möglich beendet wird und die russischen Truppen abgezogen werden. „Die Waffen nieder, und zwar bedingungslos!“ muss daher das Motto dieser Tage sein. In Russland gehen mutige Menschen auf die Straße gegen den Krieg. Im Süden Europas, in Italien und Griechenland, leisten Arbeiterinnen und Arbeiter Widerstand gegen den Krieg und blockieren Waffenlieferungen in die Ukraine. Ebenso blockieren Menschen russische Militärtransporte in Belarus. Sie sind uns Beispiel und Vorbild. Unsere Solidarität gilt den Opfern aller aktuellen Kriege, von der Ukraine über Kurdistan und Mali bis nach Jemen.

Der Krieg in der Ukraine ist allerdings nicht ohne seine Vorgeschichte zu verstehen. Mitnichten gab es in den letzten Jahren eine "naive Entspannungspolitik" des Westens, die angeblich zu diesem Krieg geführt hätte. Von 1990 - vom Wortbruch gegenüber Gorbatschow in der Frage der NATO-Osterweiterung, über die einseitige Kündigung der ABM- (2002), A-KSE- (2004), INF-(2017) und Open Skies- (2019) Rüstungsbegrenzungsverträge, bis zum Aufbau eines NATO-Raketenschirms an den Grenzen Russlands, der von der russischen Seite verdächtigt wird, die nukleare Zweitschlagsfähigkeit Russlands zu unterminieren (von 2002 bis jetzt) - auch das Agieren von NATO und EU im Osten Europas kannte bis heute nur eine Richtung: Eskalation. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, dass das nach dem Kalten Krieg entstandene Vertrauen in Europa - Teil der Friedensdividende - systematisch zerstört

wurde. Die seit 20 Jahren immer weiter stur vorangetriebene Erweiterung der NATO in Richtung Osten kritisierte selbst der Papst unlängst: Möglicherweise habe das "Bellen der Nato vor Russlands Tür" zu Wut geführt, wurde er zitiert, "eine Wut, von der ich nicht weiß, ob man sagen kann, dass sie provoziert wurde, aber vielleicht erleichtert".

Der Putsch gegen die gewählte Regierung Janukowitsch in Kiew im Jahr 2014 wurde vom Westen tatkräftig finanziell und logistisch unterstützt. Darauf erfolgte die verfassungswidrige Sezession und völkerrechtswidrige Integration der Krim durch Russland, und die Unterstützung für die sog. Volksrepubliken im Donbass. Jegliche irgendwie geartete Entspannung dieses Konflikts wurde durch die jahrelange, absichtsvolle Nicht-Umsetzung des Minsker Abkommens torpediert: Durch die OSZE kontrollierte freie Wahlen in den Donbassgebieten z.B., wie Steinmeier sie noch selbst verhandelt hatte, wurden durch die Blockadehaltung der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands verhindert.[1] Diese Politik schaffte nur geteilte Sicherheit, und damit massive Unsicherheit. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit in Europa bleibt deshalb ein zentrales friedenspolitisches Ziel für DIE LINKE.

Die Bundesrepublik Deutschland steht in Verantwortung gegenüber allen Opfern des faschistischen Vernichtungskriegs von 1941-45 in der Sowjetunion. Die Vorstellung, dass deutsche Waffen heute das Töten zwischen Ukrainern und Russen befördern sollen, ist unerträglich. Mit den Waffenlieferungen aus Deutschland fällt die letzte friedenspolitische Maxime, die als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg und der Niederlage des deutschen Faschismus und Militarismus erwachsen ist. [2]

Es ist auch erschreckend, wie schnell die Ziele für diese Waffenlieferungen in den letzten Wochen hierzulande umdefiniert worden sind. Erst hieß es, Waffen würden geliefert, um den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands durch die Stärkung der ukrainischen Verteidigung und eine Verhandlungslösung zu beenden. Mittlerweile werden Rüstungslieferungen in die Ukraine genehmigt, um den Krieg gegen Russland zu gewinnen. Friedensverhandlungen werden aktiv torpediert, wie Boris Johnsons Erpressung gegenüber Zelensky demonstriert, als der bei den Istanbul-Verhandlungen Ende März Einigungswillen mit Russland zeigte (Ukrainskaja Prawda engl., 5.5.22).[3] Also nicht nur Russland, sondern auch der angeblich werte-geleitete Westen ist bereit, das Leben von immer mehr Ukrainern in einem Stellvertreterkrieg zu opfern – und die deutsche Ampelregierung stimmt dem zu. Im diesem beiderseitigen Streben nach Sieg gibt es aber keine Gewinner, sondern nur Verlierer. Deshalb gilt es nun durch ernsthafte Verhandlungen mit auch in den Augen der Ukraine schmerzhaften Zugeständnissen, wie die Akzeptanz der Neutralität, einen Verständigungsfrieden herbeizuführen und somit den Frieden zu gewinnen, nicht den Krieg.

Viele Menschen in unserem Land bewegt aktuell die Furcht vor einem Eskalieren des Krieges – bis hin zu einer möglichen atomaren Vernichtung Europas. Das Tolerieren von deutschen Kriegsfreiwilligen, die Lieferung schwerer Waffen, und die Ausbildung ukrainischer Soldaten bringen die Bundesrepublik immer näher an den Rand der Kriegsbeteiligung, wie selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestags feststellt.[4] In der NATO werden bereits Pläne zur Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine diskutiert und Forderungen nach einer direkten Kriegsbeteiligung gegen Russland erhoben. DIE LINKE tritt allen Plänen und Handlungen, die geeignet sind, die Bundesrepublik zur Kriegspartei in diesem Krieg zu machen, entschieden entgegen. Ein kriegerischer Konflikt NATO-Russland hätte verheerende Folgen für Europa bis hin zu einem alles vernichtenden Atomkrieg. Die Konsequenz aus dieser Gefahrensituation heißt für die LINKE auch, sich mit aller Macht für das Verbot und die Abschaffung aller Atomwaffen in Europa und weltweit zu engagieren.

Zugleich will die Bundesregierung einen 100 Milliarden schweren kreditfinanzierten Aufrüstungsfonds auflegen, der auch noch im Grundgesetz verankert werden soll. Wir

sagen NEIN zu dieser Aufrüstungsverpflichtung mit Verfassungsrang. Damit würde das sogenannte 2%-Aufrüstungsziel der NATO übererfüllt und Deutschland gemäß den Militärausgaben mit rund 75 Mrd. € der Staat mit dem größten Militärbudget in Europa – größer als selbst das russische Budget. Und das angesichts der Tatsache, dass allein die europäischen NATO-Staaten schon heute eine mindestens zweifache Überlegenheit in der Anzahl der SoldatInnen, und eine stellenweise bis zu vierfache Überlegenheit bei schweren Waffensystemen über Russland haben.[5] Statt diesen Rüstungswahnsinn auf die Schiene zu setzen, fordern wir einen Sonderfonds für massive Investitionen in sichere, erneuerbare und preiswerte Energien. Abrüsten für soziale Sicherheit und Klimaschutz ist das Gebot der Stunde.

Wir stehen für Sanktionen gegen konkrete Kriegsprofiteure. Um solchen Sanktionen aber Glaubwürdigkeit zu verleihen, dürfen sie nicht nur im Fall Russlands angewandt werden. DIE LINKE tritt allen Ansinnen entgegen, Wirtschaftssanktionen aufzulegen, die die Bevölkerung in der Bundesrepublik und Russland treffen. Ein sofortiger Energieimportstopp würde die Wirtschaft schwer schädigen und hätte den Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen zur Folge, auch und insbesondere in Ostdeutschland. Entsprechenden Forderungen aus der Ampel-Koalition und der Union sowie vielen Medienvertretern muss eine klare Absage erteilt werden.

In geschichtlicher Verantwortung, angesichts der Untaten des faschistischen Dritten Reiches gegenüber beiden Ländern, steht die Bundesrepublik Deutschland in der Pflicht, alles zu tun, um die militärische Dynamik des Krieges in der Ukraine zu bekämpfen, und das Primat der Diplomatie wiederherzustellen. Die LINKE fordert:

- Die Forderung zum sofortigen Waffenstillstand, und einem Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine aufrecht zu erhalten;
- Sanktionen gegen den Personenkreis zu implementieren, der für die Entscheidung zu diesem Angriffskrieg verantwortlich ist
- Waffenlieferungen, die den Konflikt weiter aufheizen, sofort einzustellen, und auch andere Staaten dazu aufzufordern, sowie den Zufluss von ‚Freiwilligen‘ in diesen Krieg zu unterbinden
- auf eine mittelfristige Rückkehr zu einem neuen Minsk-III-Abkommen hinzuarbeiten, in dem die Neutralität der Ukraine unter Sicherung ihrer Souveränität und territorialen Integrität verankert wird, wie es die ukrainische Verfassung bis 2014 vorsah.
- Dafür einzutreten, dass auch die russischsprachige Minderheit in der Ukraine ein Recht auf Autonomie, und volle, auch sprachlich-kulturelle, Rechte erhält.
- Zu einer zeitnahen, umfassenden Aussprache zur europäischen Sicherheitsstruktur im Rahmen der OSZE zu einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz einzuladen. Sie muss, wie die KSZE, eine neue Struktur der gemeinsamen Sicherheit auf dem Kontinent zum Ziel haben.
- am Ziel einer Ersetzung der NATO durch ein solches inklusives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands festzuhalten. Die Ost-Erweiterung der NATO hat ihre Kontraproduktivität erwiesen und muss gestoppt werden.
- sich von ungezielten, flächendeckenden Sanktionen, die v.a. die Bevölkerung treffen, zu distanzieren und diese für Deutschland aufzuheben
- Den aus der Ukraine nach Deutschland kommenden Menschen verstärkt unbürokratische sofortige Hilfe zu gewährleisten, und jegliche restriktiven Aufenthaltsregelungen aufzuheben
- sich klar gegen Tendenzen der Russophobie ebenso einzusetzen, wie sich auch gegen die Verherrlichung des Krieges zu positionieren: Russland ist nicht Putin.
- Die Projekte der Volksdiplomatie zwischen Deutschland und den beiden Ländern,

wie z.B. die Städtepartnerschaft Suhl-Kaluga, besser zu unterstützen, um über Kontakte der Verständigung zwischen den Menschen einer Konfrontation zwischen den Staaten entgegenwirken zu können.

- Abrüsten statt Aufrüsten! die freiwerdenden Mittel für Soziales, Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnen und Klimapolitik zu verwenden.
- Keine neuen Kampfbomber für die in Deutschland gelagerten Atomwaffen anzuschaffen, den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden und den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag endlich einzuleiten.
- Keine Militarisierung von Jugend und Bildung – Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten!
- Keine neue Wehrpflicht!

Die LINKE wird ihre friedenspolitischen Aktivitäten intensivieren. Der Parteivorstand wird

- mit den hier gefassten Positionen öffentlich und parteiintern zu Friedensaktivitäten mobilisieren,
- bei der Europäische Linken eine europaweite Friedensoffensive starten,
- VertreterInnen der Friedensbewegung zu einer gemeinsamen Aktionsberatung einladen und die Friedensbewegung unterstützen.

Die Waffen nieder - statt noch mehr Waffen!

## **Begründung**

Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03

[1] <https://www.dw.com/de/steinmeier-formel-sprengkraft-f%C3%BCr-die-ukraine/a-50679595>

[2] Zum Stichwortgeber immer neuer Rüstungsexporte wird ausgerechnet der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, der nicht nur ein glühender Verehrer des Nazikollaborateurs und Antisemiten Stepan Bandera ist, sondern auch das faschistische Asow-Bataillon gegen Kritiker in Schutz nimmt und seinem ethnischen Hass freie Bahn lässt, wenn er ausdrücklich alle Russen zum Feind erklärt.

<https://www.n-tv.de/politik/Melnyk-Alle-Russen-sind-jetzt-unsere-Feinde-article23251316.html>

[3] <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206/>

[4] <https://www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0e0af275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf>

[5] Vgl. International Institute for Strategic Studies: Military Balance, London 2022.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Dr. Alexander Neu (KV Siegburg / NRW, Sprecher), Martin Hantke (KV Bochum /NRW, Sprecher), Heike Hänsel (KV Tübingen / Baden-Württemberg), Anja Mewes, Bernd Mewes (BV Marzahn-Hellersdorf / Berlin), Petra Beck (BV Marzahn-Hellersdorf / Berlin), Ellen Brombacher (BV Berlin Mitte), Jochen Scholz (BV Tempelhof-Schöneberg / Berlin), Ines Roloff (BV Friedrichshain / Berlin), Bernd Lachmann, KV Potsdam-Mittelmark/ Brandenburg, Reimar Pflanz (KV Märkisch-Oderland / Brandenburg), Irmgard Lücke (KV Bremen-Nord), Gunhild Berdal (KV Hamburg-Mitte), Kristian Glaser (Hamburg-Mitte), Kerstin Fremder-Sauerbeck (KV Hamburg-Mitte), David Paenson (KV Frankfurt/Hessen), Edgar Schu (KV Göttingen /Niedersachsen), Frans Valenta (KV Bonn / NRW), Gitte Jentsch (KV Mettmann / NRW), Stefanie Kemper (KV Rhein-Sieg-Kreis/NRW), Martina Thomas (KV Rhein-Erft / NRW), Frank Kemper (KV Rhein-Sieg-Kreis / NRW), Hannelore Weber (KV Mettmann / NRW), Gabi Bieberstein (KV Bielefeld / NRW), Camila Cirlini (KV Gütersloh/NRW), Ludger Klein-Ridder (KV Gütersloh / NRW), Rim Farha (Delegierte), Horsta Krum (Delegierte), Bodo Hinkel (Delegierter), Ingeborg Mohr-Simeonidis (KV Oberberg /NRW), Georg Hewald (KV Oberberg / NRW), Cornelia Wimmer (KV Dortmund / NRW), Rainer Böhme (KV Ostsachsen/Sachsen), Peter Giersich (KV Vogtland/Sachsen), Birgitt Mai und Siegmund Mai (KV Leipzig / Sachsen), Marianne Küng-Vildebrand

(KV Leipzig/ Sachsen), Eckehard Lieberam (KV Leipzig / Sachsen), Thiemo Kirmse (KV Chemnitz/ Sachsen), Volker Külöw (KV Leipzig / Sachsen), Hans-Joachim Siegel (KV Chemnitz / Sachsen), Marion Junge (KV Bautzen / Sachsen), Heike Krahl (KV Lausitz/ Sachsen), Dr. Bärbel Leucht (KV Erfurt/Thüringen), Dr. Anne Urschl, (KV Erfurt/Thüringen)

## Antrag L03.001.3: Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03

Antragsteller\*in:

BAG Frieden und internationale Politik

Der Parteitag möge beschließen:

### **Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung**

#### **Nein zu Russlands Krieg. Für den sofortigen Truppenrückzug.**

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und brandgefährlich. Der Krieg muss beendet werden. Die russischen Truppen müssen unverzüglich abziehen. Es gibt keine Alternative zum Frieden.

Unsere Solidarität gilt der Bevölkerung in der Ukraine, den Millionen von Menschen, deren Leben zerstört wird: Den Verletzten, den Angehörigen, die Tote zu beklagen haben, den Traumatisierten, den Geflüchteten. *Die Menschenrechtsverletzungen in diesem Krieg müssen von einer unabhängigen Untersuchungskommission unter Leitung der UN untersucht und geahndet werden.* Unsere Solidarität gilt den Ukrainer\*innen, die sich gegen den russischen Angriff verteidigen und auch den Russ\*innen, die sich trotz großer Repressionen, Verhaftungen und Gewalt in Russland gegen diesen Krieg ihrer Regierung stellen. *Unsere Solidarität gilt den Opfern aller aktuellen Kriege, von der Ukraine über Kurdistan und Mali bis nach Jemen.*

In diesem Krieg geht es der Putin-Administration um eine brutale Durchsetzung von Macht und geopolitischen Interessen. Putin hat diese *nationalistischen* Bestrebungen ausführlich in Wort und Schrift begründet. *Dem steht ein ukrainischer Nationalismus gegenüber, der seit Jahren die russisch-sprachige Bevölkerung diskriminiert und einer friedlichen Lösung des gewaltsamen Konflikts in der Ostukraine entgegensteht.*

*Der Krieg in der Ukraine ist nicht ohne seine Vorgeschichte zu verstehen. Mitnichten gab es in den letzten Jahren eine "naive Entspannungspolitik" des Westens, die angeblich zu diesem Krieg geführt hätte. Von 1990 - vom Wortbruch gegenüber Gorbatschow in der Frage der NATO-Osterweiterung, über die einseitige Kündigung der ABM- (2002), A-KSE- (2004), INF-(2017) und Open Skies- (2019) Rüstungsbegrenzungsverträge, bis zum Aufbau eines NATO-Raketenschirms an den Grenzen Russlands - auch das Agieren von NATO und EU im Osten Europas kannte bis heute letztendlich nur eine Richtung: Konfrontation. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, dass das nach dem Kalten Krieg entstandene Vertrauen in Europa - Teil der Friedensdividende - systematisch zerstört wurde. Die seit 20 Jahren immer weiter vorangetriebene Erweiterung der NATO in Richtung Osten kritisierte selbst der Papst unlängst.*

Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg Russlands gegen die Ukraine, er ist auch ein Krieg um die Ukraine; nämlich ein Machtkampf zwischen der NATO (der EU und USA) auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Dieser Krieg verdeutlicht, dass die innerimperialistischen Widersprüche wachsen und der Kampf um Einflussphären schon heute militärisch geführt und sich zukünftig weiter verschärfen wird.

#### **Nein zu Waffenlieferungen.**

*Sowohl die Ausweitung des Krieges in weitere Regionen, die Einbeziehung der NATO und damit die Gefahr einer nuklearen Eskalation sind nicht auszuschließen. Russland hat*

Atomwaffen. Griffe die NATO ein, würde ein Krieg mit Atomwaffen drohen, der eine existentielle Bedrohung für die Menschheit und die Umwelt bedeuten würde. Es gibt keine militärische Lösung des Konfliktes. Deeskalation ist das Gebot der Stunde, dieser Krieg muss umgehend beendet werden.

DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab. Insbesondere die Lieferung von schweren Waffen sind ein Beitrag zur Eskalation des Krieges. Sie verlängern den Krieg, während eine politische Lösung in weite Ferne rückt. Die Ukraine ist in den vergangenen Jahren von den USA und anderen westlichen Staaten stark aufgerüstet worden und wird es weiterhin. Von Ende Januar bis Anfang Mai hat die Ukraine fast 30 Mrd. Euro an Waffenlieferungen und finanziellen Leistungen von den USA, Kanada, Großbritannien, Polen und Deutschland erhalten, allein die USA haben weitere 20 Mrd. Dollar Militärhilfe angekündigt. Einerseits wird gesagt, man sei nicht Kriegspartei, andererseits liefert man Waffen – das passt nicht zusammen.

*Die Bundesrepublik Deutschland steht in Verantwortung gegenüber allen Opfern des faschistischen Vernichtungskriegs von 1941-45 in der Sowjetunion. Die Vorstellung, dass deutsche Waffen heute das Töten zwischen Ukrainern und Russen befördern sollen, ist unerträglich.*

### **Kein Wirtschaftskrieg!**

Sanktionen werden damit begründet, dass sie die russische Regierung zwingen würden, den Krieg zu beenden. Bisher ist das nicht absehbar.

Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet wird.

Zudem ist zu befürchten, dass der begonnene Wirtschaftskrieg lang und weitreichend sein wird. Der Krieg und die Sanktionen treiben gleichzeitig Preise für Nahrungsmittel in die Höhe. Hungersnöte in armen Regionen der Erde *spitzen sich zu. Das von der EU-Kommission geforderte Embargo von russischem Öl und Gas lehnt DIE LINKE ab, weil dies den Krieg absehbar nicht behindern wird, aber mit massiven Schäden für die Umwelt und die Wirtschaft und erheblichen Kosten für die Menschen (nicht nur) in Deutschland verbunden wäre.*

All das ist Teil der Eskalationslogik. Wir sehen die Folgen dieses massiven Machtkampfes, der auf dem Rücken der arbeitenden Menschen und Armen weltweit auch auf einer wirtschaftlichen Ebene geführt wird. Jeden Tag, den der Krieg länger andauert, wird die Ukraine mehr in Trümmer gelegt, Menschen mehr traumatisiert und Gesellschaften zerstört, Lebensperspektiven vernichtet. Oberste Maxime muss sein, den Krieg zu beenden. Das kann nur mit politischen Mitteln gehen.

### **Keine Doppelstandards**

Die russische Regierung unter Putin trägt die Verantwortung für den Angriffskrieg. Wir können allerdings nicht ausblenden, dass dem ein Konflikt zwischen der NATO und Russland vorausging, für den auch die NATO-Staaten eine Mitverantwortung haben, zum Beispiel weil sie die NATO-Osterweiterung und das EU-Assoziierungsabkommen vorangetrieben haben. So wurde über 30 Jahre lang versäumt, eine stabile europäische Friedensordnung zu organisieren.

Der völkerrechtswidrige Krieg Putins macht die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht vergessen und vergeben. Die NATO ist und bleibt ein Bündnis zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen der westlichen Staaten. Auch hier darf es keine Doppelstandards geben.

Außerdem sind Katar und die Emirate am Krieg im Jemen beteiligt, der in der deutschen Öffentlichkeit faktisch nicht vorkommt und eine der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit ist. Diese Doppelmoral der herrschenden Politiker\*innen weisen wir zurück. Für uns gilt absolute Klarheit gegen Krieg und gegen Menschenrechtsverletzungen – egal von wem.

### **Eine globale Hochrüstungsspirale ist der falsche Weg – auch in Deutschland**

In den letzten 15 Jahren hat nicht nur die russische Regierung ihre Waffensysteme modernisiert, Kampfdrohnen entwickelt und die Rüstungsexporte gesteigert. Die NATO hat eine „schnelle Eingreiftruppe“ aufgebaut, ihre Truppenstationierung an der Ostflanke sowie ihre Marinepräsenz verstärkt, ein Raketenabwehrsystem in Rumänien und Polen installiert und hält regelmäßig Manöver an Russlands Westgrenze ab.

Krieg als Mittel der Politik ist auch in Deutschland normal geworden und soll jetzt sogar im Grundgesetz abgesichert werden. Mit der Einrichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ über 100 Mrd. Euro, der Ankündigung der Umsetzung des 2%-Ziels der NATO (d.h. 2% des BIP in Rüstung) sowie der Beschaffung von Kampfdrohnen und atomwaffenfähigen F-35-Kampffjets setzt die Ampel-Koalition lang gehegte Pläne zur Stärkung der militärischen Rolle Deutschlands um. Dabei geht es ihr nicht um das berechnete Sicherheitsbedürfnis der Menschen, die durch diesen Krieg verunsichert sind oder um Verteidigung. Es geht darum, Deutschland nicht nur als Wirtschaftsmacht, sondern auch als Militärmacht für die härter werdenden Kämpfe um Einflussphären zu rüsten.

Dieser Kurs wird seit den 90er Jahren forciert, seit 2014 orientierte die Große Koalition auf Auslandseinsätze und „Landes- und Bündnisverteidigung.“ Bereits von 2014-2021 wuchs der Militärhaushalt um 50%. SPD, Grüne und FDP nutzten nun – gemeinsam mit CDU – den Krieg Russlands gegen die Ukraine aus, um die Bevölkerung auf die Militarisierung der Außenpolitik einzuschwören. Das Geld wird an anderer Stelle fehlen und es scheint wie Hohn angesichts kaputtgesparter Schulen und Krankenhäuser, überlasteter Pfleger\*innen oder armer Rentner\*innen, wenn plötzlich die Milliarden für Rüstung locker gemacht werden. Bezahlen müssen diese Aufrüstungswelle die Lohnabhängigen und Armen, indem sie mehr schufteten und erwirtschafteten und den Gürtel enger schnallen sollen.

### **Es geht nicht um Demokratie vs. Autokratie**

Die Erklärung der Bundesregierung legt nahe, es handele sich bei der geplanten Aufrüstung um eine Reaktion auf Russlands Krieg, um die Verteidigung der Demokratie gegen die Autokratie.

Die Aufrüstung des Westens dient *ebenso wenig* der Verteidigung der Demokratie, denn Militarismus geht auch immer einher mit einem Abbau der Demokratie, mit einer gesellschaftlichen Verrohung, mit einem Rückschritt in den Geschlechterrollen, mit Einschränkungen von politischen und gewerkschaftlichen Rechten und mit der Eröffnung von rigider Sparpolitik.

Weder die deutsche noch irgendeine andere Außenpolitik ist im Kapitalismus auf sogenannte „Werte“ ausgelegt, sondern orientiert sich an knallharten politischen und ökonomischen Interessen, die zur Not mit militärischer Stärke abgesichert werden. Der Kampf für Frieden und der Kampf für Demokratie gehören zusammen. Aber Demokratie und Gerechtigkeit lassen sich nicht dadurch erzielen, dass Staaten andere Staaten „im Namen der Demokratie“ bombardieren und sanktionieren.

### **Geopolitischer Ausblick und globale Machtverhältnisse.**

Nach dem Ende des Kalten Krieges geht es heute um eine Neuaufteilung der Welt zwischen den Großmächten, um Einflusszonen und mögliche neue Machtallianzen. Dazu wird nicht immer zum Mittel des Krieges gegriffen, dort wo es möglich ist, wird bevorzugt, Kapitalinteressen mit wirtschaftlichen Mitteln, Verträgen und auch auf

diplomatischem Wege durchzusetzen. Gelingt dies nicht, werden diese Interessen auch robust abgesichert. Das konnte man bei bisherigen Kriegen wie in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Georgien, Libyen, Syrien u.v.m. sehen. Alle waren Kriege, in denen es direkt oder indirekt um geopolitische und um ökonomische Interessen ging.

Sowohl die Massivität, mit der Russland aktuell den Krieg führt als auch die Heftigkeit der Reaktion seitens der USA, EU und der NATO sind Ausdruck davon, dass derzeit weltweite geopolitische Machtverschiebungen vorstattengehen, die über den Ukraine-Krieg hinausreichen. Dabei besteht das Hauptkonfliktpotenzial um Einflussphären und die entscheidenden Märkte der Zukunft zwischen den zwei ökonomisch größten Weltmächten:

Die aktuelle Nummer Eins USA und die ökonomisch immer weiter aufstrebende Weltmacht China. Um diese Märkte und Ressourcen werden diese beiden Mächte, aber auch alle anderen Großmächte – darunter die drittstärkste Wirtschaftsmacht EU – konkurrieren. Dabei werden im jeweiligen eigenen Interesse mögliche neue Allianzen geschmiedet und robuste Machtkämpfe ausgetragen werden.

All diese Vorgänge sollten uns ein Warnsignal sein: In den kommenden Jahren steigt die Gefahr von heißen Kriegen und vielen Stellvertreterkriegen bei der Neuaufteilung der Welt unter den Großmächten.

### **Die Rolle der EU**

Krieg und Militarismus befeuern Nationalismus und Rassismus überall. Wir setzen dagegen auf internationale Solidarität.

Deutschland als ökonomisch stärkste Macht in der EU ist bestrebt, mit der Atommacht Frankreich zusammen auch die EU zu einer schlagkräftigen Militärunion auszubauen. Schritte und Maßnahmen auf diesem Weg wurden bereits eingeleitet. Bereits 2016 wurde in der EU-Globalstrategie festgehalten, dass die EU in der Lage sein muss, wichtige Handelsrouten und Seewege im eigenen Interesse zu sichern – zur Not auch militärisch.

Nach der Ankündigung, dass Großbritannien aus der EU austritt, wurde unter der Abkürzung PESCO wurde die ständige, strukturierte militärische Zusammenarbeit der EU aktiviert und verschiedene Instrumente zur Förderung militärischer Zusammenarbeit und gemeinsamer schlagkräftiger Waffentechnologie in der EU eingerichtet. Der im März 2022 beschlossene „strategische Kompass“ bettet diese Zielsetzung, die bereits geschaffenen Instrumente und weiterhin noch „benötigte“ militärische Kapazitäten in eine Gesamtstrategie ein, um die EU zu rüsten für eine Zeit der großen Rivalität unter den Weltmächten und der Neuaufteilung der Welt

### **Aktiv werden gegen den Krieg!**

Wir rufen auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen und eine Protestbewegung gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine, gegen die Eskalation durch die NATO und gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung aufzubauen. Wir unterstützen den „Appell: Nein zum Krieg.“ und Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen Krieg und das 100 Mrd. Euro Rüstungspaket der Ampelkoalition.

Unsere Aufgabe als Linke in Deutschland ist es, den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, die nicht den Frieden sichert, sondern die Kriegsgefahr erhöht, ins Zentrum zu stellen.

Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen. Wir fordern von der Bundesregierung, auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und diplomatische Lösungen voranzutreiben, die den Krieg in der Ukraine stoppen und den russischen Truppenabzug zum Ziel haben.

Wir fordern schon seit Jahren eine humane Migrationspolitik statt der tödlichen Abschottung an den EU-Außengrenzen. Während die USA und alle EU-Staaten sich erfreulicherweise bereit erklärt haben, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und

ihnen relativ unbürokratisch zu helfen, wird weiterhin gegen Geflüchtete aus anderen Kriegsgebieten der Welt, wie aus Syrien und Afghanistan, mit harten Bandagen gekämpft, um sie aus der EU rauszuhalten. Wir stehen für eine humane Migrationspolitik für alle Menschen in Not. Für Deserteur\*innen fordern wir das Asylrecht.

Wir fordern, keine weiteren Schritte der Eskalation zu unterstützen. *Der Krieg muss schnellstmöglich durch Verhandlungen beendet werden. Keine weitere Osterweiterung der NATO, keine Verlegung von weiteren Bundeswehrtruppen an die russische Westgrenze. Wir halten fest am Ziel einer Ersetzung der NATO durch ein inklusives europäisches Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands.*

DIE LINKE muss ihre friedenspolitischen Positionen stark machen, sie muss eine klare Stimme sein, die den Wahnsinn der Aufrüstung auf Kosten der lohnabhängigen Menschen und Armen infrage stellt. Sie muss sich stark machen für Deeskalation und Diplomatie statt Krieg, an jeder Stelle.

Die Grenzen verlaufen für uns nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

*Die LINKE wird ihre friedenspolitischen Aktivitäten intensivieren. Der Parteivorstand wird*

- *mit den hier gefassten Positionen öffentlich und parteiintern zu Friedensaktivitäten mobilisieren,*
- *bei der Europäische Linken eine europaweite Friedensoffensive starten,*
- *Vertreter\*innen der Friedensbewegung zu einer gemeinsamen Aktionsberatung einladen und die Friedensbewegung unterstützen.*

## **Begründung**

Es handelt sich um eine geänderte Version des Ersetzungsantrags "Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung" der Antragsteller:innen Christine Buchholz, Özlem Demirel und weiterer zum Leitantrag L03. Die gegenüber diesem Antrag geänderten Textteile sind zur Markierung kursiv gesetzt. Es wird angestrebt, sich mit diesen Antragsteller:innen zu verständigen, dass diese Änderungen an ihrem Antrag übernommen werden, so dass bestenfalls keine oder nur wenige Differenzen bestehen bleiben und dieser Antrag dann wieder zurückgezogen wird. Für den Fall, dass der Ersetzungsantrag Beratungsgrundlage wird, müsste dann nur noch über wenige ggf. nicht geeinte Änderungen abgestimmt werden, die dann mündlich begründet würden. Im Falle einer solchen Einigung würde auch der Ersetzungsantrag zum L03 der BAG Frieden und internationale Politik zurückgezogen zugunsten dieses dann geänderten Ersetzungsantrages.

## **Antrag L03.00 1.4: Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03**

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Hamburg-Nord
--------------------------	-----------------

Der Parteitag möge beschließen:

### **Deeskalation ist das Gebot der Stunde**

Das Eingreifen der EU, Nato und Deutschland führt zu einer weiteren Eskalation des völkerrechtswidrig von Russland in die Ukraine getragenen Krieges.

Die Lieferungen von schweren Waffen verlängern den Krieg, das Grauen und das Leid für die vom Krieg betroffenen Menschen und eine politische Lösung rückt in die weite Ferne.

Eine weitere Ausweitung in andere Regionen oder gar eine nukleare Eskalation ist nicht auszuschließen.

Die Orientierung auf militärische Lösungen bei nahezu vollständiger Abwesenheit der Diplomatie ist in der Auseinandersetzung mit einer atomaren Großmacht extrem gefährlich, riskant und verantwortungslos.

Ein Frieden, der kein Siegfrieden ist, kann nur auf Diplomatie, die die Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigt, basieren.

In dieser Situation ist es notwendig und fordern wir dazu auf:

- Rückkehr zur Diplomatie – zur Klärung der wechselseitigen Interessen und Suche nach einem gangbaren Weg für die Konfliktparteien.
- Abkehr von den Verschärfungen des Krieges – ein Ende für die Waffenlieferungen insbesondere schwerer Waffen an die Ukraine.

Vor allem muss auf sofortigen Waffenstillstand hingewirkt und verhindert werden, dass andere europäische Staaten in den Krieg eintreten.

Die historische Verantwortung Deutschland und das Erbe der Entspannungspolitik Willy Brandts verpflichten dazu.

### **Nein zum Wirtschaftskrieg**

Der Imperativ der Deeskalation gilt auch für den Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland.

Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen mit der Zielsetzung „Russlands Wirtschaft zu zerstören“ bedeuten vor allem harte Einschnitte für die Lohnabhängigen und Armen in Russland. Sanktionen führen nicht dazu, dass der Druck aus der Bevölkerung zur Beendigung des Krieges auf die russische Regierung steigt. Es entsteht im Gegenteil eine Solidarisierung der Bevölkerung mit der Regierung gegen den „Westen“. Das schwächt oppositionelle Kräfte, die sich für den Frieden und gegen den Krieg aussprechen.

In Deutschland und der EU darf die aktuelle Situation nicht den Blick auf die aktuellen und zukünftigen Erfordernisse für eine deutsche und europäische Energiesicherheit verstellen.

Eine Sanktionspolitik, die die angestrebte Energiewende und die extremen wirtschaftlichen Folgekosten für die eigenen Menschen und Wirtschaft nicht beachtet, ist Wahnsinn. Es droht Energiearmut für große Teile der Bevölkerung.

Dauerhafte Sanktionen mit der erklärten Absicht der ökonomischen Zerstörung Russlands dürfen/können kein Ziel deutscher Politik sein. Und das extrem umweltzerstörerische Frackinggas aus den USA darf angesichts der Klimakrise keine Alternative sein.

Der Krieg und die Sanktionen treiben die Lebensmittelpreise in ungeahnte Höhe. Die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln und Energieträgern darf nicht als Folge dieser Entwicklungen kollabieren. Die Menschen aus den unbeteiligten Ländern des globalen Südens dürfen nicht die Opfer dieser Entwicklung werden.

Deshalb stellen wir uns entschieden gegen den Wahnsinn der Kriegspolitik und machen uns stark für unsere friedenspolitischen Positionen, für Diplomatie und Deeskalation.

Daher lehnt DIE LINKE die 100 Milliarden Euro des „Sondervermögen Bundeswehr“ und die damit zur Debatte stehende Verankerung des NATO-2-Prozent-Ziels im Grundgesetz ab.

Den Krieg in der Ukraine werden diese Mittel und Waffen weder stoppen noch verkürzen.

Vielmehr hat das neue globale Wettrüsten der vergangenen Jahre die verschärfte Konfrontation der großen Machtblöcke mit verursacht und eskaliert weiter. Die Folge sind bereits jetzt steigende Inflation und Preise und empfindliche Einschnitte im Sozialen. Die ohnehin enorme Ungleichheit wächst weiter, die große Mehrheit leidet und Profiteure sind die großen (Rüstungs-)Konzerne.

Auch ist die mit diesen Mitteln geplante Aufrüstung nicht auf die Landesverteidigung ausgerichtet – die unter anderem auf der Einkaufsliste stehenden F35-Tarnkappenbomber sind aggressives Angriffskriegsgerät und sollen zudem der atomaren Teilhabe dienen.

Wir setzen auf Internationalismus, Völkerverständigung und globale Kooperation.

## **Begründung**

Begründung erfolgt mündlich.

Die Einreichung dieses Ersetzungsantrags ist verbunden mit der Aufforderung an die Antragsteller\*innen des Antrags L03 sowie alle Antragsteller\*innen von auf diesen bezogene Alternativ-, Ersetzungs- und Änderungsanträgen, sich auf einen gemeinsamen Text zu einigen, der die hier gefassten Grundpositionen als Eckpunkte beinhaltet.